



Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 9. Dezember 2003 Nr. 4047

Interpellation

Interpellation Peter Dörflinger: Revision Zivilprozessgesetz - Auswirkungen auf das Vermittleramt; schriftlich

Peter Dörflinger und 43 Mitunterzeichnende reichten am 28. Oktober 2003 eine Interpellation zum genannten Thema ein (vgl. Beilage). Der Stadtrat beantwortet die Interpellation schriftlich wie folgt:

Die in der Interpellation aufgeführten Zahlen betreffen den Gesamtaufwand des Vermittleramtes. Enthalten sind in der Position Aufwand deshalb nicht nur die eigentlichen Lohnkosten, sondern auch die Lohnnebenkosten wie Sozialversicherungs- und die Versicherungskassenbeiträge sowie die Kosten für Kurse, Büromaterial, Drucksachen und übriger Personalaufwand.

Zu Frage 1: Der Beschäftigungsumfang der Vermittlerin beträgt 100 %, jener der Sekretärin 20 %. Die Stellvertreterin der Vermittlerin ist im Personalbestand von 1.2 Personen, wie er im Geschäftsbericht für 2002 ausgewiesen ist, nicht enthalten. Sie erhält eine fixe Jahrespauschale sowie eine Entschädigung pro Fall. Diese Kosten sind in der Position Aufwand enthalten.

Zu Frage 2: Die Stellvertreterin der Vermittlerin hat ihr Amt erst ab 1. Oktober 2001 ausgeübt und deshalb im Jahre 2001 nur eine Entschädigung pro rata temporis erhalten. Im Jahre 2002 erhielt sie die volle Jahrespauschale sowie eine Entschädigung für die von ihr vor allem während der Ferienabwesenheit der Vermittlerin bearbeiteten Fälle. Zum Anstieg beim Personalaufwand führte 2002 auch die ordentliche Lohnentwicklung bei Vermittlerin und Sekretärin. Die Erhöhung des Aufwandüberschusses pro Fall seit 2000 erklärt sich aus einer Kombination von Entschädigung für die Stellvertretung und ordentlicher Lohnentwicklung auf der Aufwandseite einerseits und Abnahme des Gebührenertrags aufgrund eines Rückgangs der Fallzahlen anderseits.



Zu Frage 3: Der Aufwandüberschuss ist abhängig vom Gesamtaufwand des Vermittleramtes, vermindert um den Gebührenertrag. Der „Aufwandüberschuss pro Fall“ ist in der vorliegenden Aufstellung berechnet worden durch eine Division des Aufwandüberschusses mit der Anzahl der eingegangenen Fälle. Theoretisch mögliche Massnahmen zur Reduktion des Aufwandüberschusses pro Fall wären eine Steigerung des Ertrags und/oder ein weiterer Abbau des Beschäftigungsgrades im Vermittleramt. Eine Ertragssteigerung ist einerseits abhängig von der Ausgestaltung des Gerichtskostentarifs, anderseits von den Fallzahlen. Der Gebührenrahmen des Gerichtskostentarifes wird schon heute ausgeschöpft. Eine Erhöhung erforderte eine Änderung des Gerichtskostentarifs. Dafür ist die Regierung zuständig. Die Fallzahlen sind nicht beeinflussbar.

Eine weitere Senkung des Beschäftigungsumfangs im Vermittleramt ist nicht angezeigt. Die Fallzahlen sind zwar zurück gegangen. Hauptursache für den Rückgang der Fälle waren die Revision des Scheidungsrechts per 1. Januar 2000 und die Neuerungen im Verantwortlichkeitsgesetz (Einführung einer zweijährigen Verjährungs- statt einer einjährigen Verwirkungsfrist zur Geltendmachung eines Schadensersatzanspruches). Die Auswirkungen des II. und III. Nachtragsgesetzes zum Zivilprozessgesetz sind hingegen durch die Zunahme der Fälle im Privatstrafklageverfahren als Folge des neuen Strafprozessgesetzes weitgehend neutralisiert worden. Die Vermittlerin hat auf den Rückgang der Fallzahlen reagiert, indem der Beschäftigungsgrad im Sekretariat sukzessive von 50 Prozent im Jahre 1999 auf 20 Prozent im Jahre 2002 abgebaut worden ist. Dennoch war als Konsequenz des Rückgangs der Fälle ein geringerer Gebühreneingang und damit ein höherer Aufwandüberschuss pro Fall zu verzeichnen. Die gewählte Berechnungsweise lässt ausser Acht, dass die Fälle in den einzelnen Klagegebieten nicht miteinander vergleichbar sind und erlaubt deshalb keine zuverlässigen Schlüsse auf die zeitliche Beanspruchung. Bei den weggefallenen Geschäften handelte es sich überwiegend um Routineangelegenheiten, die vom Arbeitsaufwand her nicht übermässig stark ins Gewicht fielen. So sind bspw. gemeinsame Begehren um Ehescheidung neu nicht mehr beim Vermittleramt anhängig zu machen. Bei den verbliebenen Fällen im Scheidungsrecht handelt es sich hingegen um jene Fälle, die im Vermittlungsverfahren einen im Verhältnis ungleich grösseren Aufwand benötigen. Statistisch nicht erfasst sind im Übrigen die zahlreichen Fälle, in denen das Vermittleramt erste Anlaufstelle in Verfahrensfragen ist. Eine Reduktion des Beschäftigungsumfangs wäre im Übrigen eine kurzfristige Massnahme, welche bei einem Anstieg der Fälle wieder rückgängig gemacht werden müsste. Bereits die Hochrechnung für 2003 weist auf einen erneuten Anstieg der Fallzahlen auf rund 580 sowie eine Erhöhung des Ertrags auf CHF 73'000 hin (und damit auch auf eine Reduktion des Aufwandüberschusses pro Fall). In die Beurteilung der Kosten des Vermittleramtes ist schliesslich auch mit einzubeziehen, inwieweit durch eine erfolgreiche Vermittlertätigkeit Belastungen nachfolgender Gerichtsinstanzen vermieden werden können. Gemäss Statistik konnte



die Vermittlerin in den Jahren 2000 bis 2002 zwischen 35.5 und 41.8 % aller anhängig gemachten Fälle abschliessend erledigen. In diesen Zahlen nicht erfasst sind jene Fälle, welche beim Vermittleramt als unvermittelt abgeschlossen, aber während der Einschreibefrist trotzdem nicht an das Gericht weiter gezogen worden sind.

Zu Frage 4: Einsparungen liessen sich in der Tat erzielen, wenn die Sekretariatsaufgaben von einem bereits bestehenden Sekretariat zusätzlich übernommen werden könnten. Es gibt aber weder innerhalb noch ausserhalb der Verwaltung ein Sekretariat mit ähnlich gelagerter Aufgabenstellung, das zusätzlich 20 Prozent ohne Stellenerhöhung absorbieren könnte. Im Sekretariat der Schlichtungsstelle für Miet- und Pachtverhältnisse - sie ist Abteilung des Einwohneramtes - bestehen keine personellen Kapazitäten zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben. Im Übrigen wäre eine enge räumliche Nähe von Vermittleramt und Sekretariat unabdingbar. Im Einwohneramt fehlen aber entsprechende Räumlichkeiten.

Potenzial für Einsparungen bzw. Mehreinnahmen liegt allenfalls in einer vermehrten interkommunalen Zusammenarbeit, wie sie derzeit innerhalb der Vereinigung der Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten der Region St.Gallen-Rorschach diskutiert und auch vom Dachverband der Vermittlervereinigungen des Kantons St.Gallen angeregt wird. Allerdings sind keine grundlegenden Änderungen zu erwarten mit Blick darauf, dass im Rahmen der per 1. Januar 2009 vorgesehenen Änderung der kantonalen Gerichtsorganisation auch Stellung und Aufgaben und organisatorische Eingliederung der Vermittlerämter geprüft werden sollen.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation

